

# Personalmangel im öffentlichen Dienst

Quelle: dbb beamtenbund und tarifunion

Stand: März 2021

---

## Dem Staat fehlen fast 330.000 Mitarbeiter

Dem Staat fehlen nach aktueller Einschätzung des dbb beamtenbund und tarifunion fast 330.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht nur wegen der Corona-Pandemie und den Herausforderungen in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit brauchen vor allem Länder und Kommunen zusätzliches Personal, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

2021 gehen zwei Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand. In den nächsten 10 Jahren scheidet weitere 1,27 Millionen (oder 27 Prozent) der Kolleginnen und Kollegen altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst aus. Rechnet man davon die erwartbaren Neueinstellungen ab, bleibt – rechnerisch – eine Personallücke von mehreren hunderttausend Beschäftigten, die dem öffentlichen Dienst bei seiner Aufgabenerfüllung fehlen werden. Gleichzeitig stellen die Digitalisierung, der ökologische Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft sowie die zunehmende Aggression und Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung den öffentlichen Dienst vor neue Herausforderungen.

Auf allen staatlichen Ebenen – in der Landes- und Bundesverwaltung, in den Städten und Gemeinden, bei der Polizei, in Kindergärten und Schulen, in Finanzämtern, Justizvollzug und –verwaltung, beim Zoll, in Gesundheitsämtern, in der Pflege und Sozialen Arbeit, in Jobcentern und in der Sozialversicherung – setzen sich die Beschäftigten nach wie vor bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit und darüber hinaus ein und leisten eine großartige und hoch motivierte Arbeit. Sie dürfen dabei aber nicht allein gelassen werden.

Aktuell wird angesichts dieser Herausforderungen deutlich, wie sich der seit Jahren herbeigeführte und vom dbb vielfach kritisierte Personalmangel auswirkt. Die Politik muss Prioritäten setzen und für eine aufgabengerechte Personalausstattung sorgen.



## Aktuelle Personalbedarfe öffentlicher Dienst

Bundespolizei	27.000
Landespolizei	25.000
Steuerverwaltung	27.000
Zoll	5.600
Schulen*	38.000
Kommunalverwaltungen	145.800
(allg. Verwaltung, Ausländerbehörden, Bauämter, Jugendämter, Ordnungsämter, Sozialämter/Soziale Arbeit, Feuerwehren, Kitas)	
Öffentlicher Gesundheitsdienst	8.000
Kranken- und Altenpflege	45.000
Arbeitsagenturen/Jobcenter	1.500
Justiz (Justizvollzug, Verwaltung)	3.500
<hr/>	
	<u>326.400</u>

\* ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bedarfs durch weitergehende Konzepte zur Ganztagsbetreuung